

- zwar nicht in jedem Einzelfall - insgesamt der Forschung eine reichhaltige und aussagekräftige Überlieferung zur Verfügung steht.

Ein zweiter zentraler Bestand für die Geschichte der Zwangsarbeit in den einzelnen Steinkohlenrevieren sind die Akten der jeweiligen Bezirksgruppen des Steinkohlenbergbaus in der Wirtschaftsgruppe Bergbau, die sämtliche Bergbaugesellschaften bzw. Alleinbesitzer von Bergwerken zwangsvereinigten. Die Bezirksgruppen entwickelten sich so zu regionalen Spitzenorganisationen, deren ursprüngliche Aufgabe die Beratung und Betreuung ihrer Mitgliedsgesellschaften insbesondere in Rechts- und Verkehrsfragen sowie in volks- und sozialwirtschaftlichen Fragen war. Vor allem aber bildeten die Bezirksgruppen zentrale Schnittstellen zwischen den Bergbauunternehmen und den zentralen staatlichen bzw. NS-Instanzen, übernahmen die regionale Koordination des "Ausländereinsatzes" und beschäftigten sich in besonderen Gremien zunehmend auch über die bloße Koordination hinaus mit dem "Ausländereinsatz". Die Bezirksgruppe Saar, später Westmark, hatte wegen der Konzentration der Besitzverhältnisse im Revier auf ein Unternehmen insofern eine besondere Struktur, als dass sie in Personalunion mit der Unternehmensleitung der Saargruben AG geführt wurde. Der Vorstandsvorsitzende der Saargruben AG, Dr. Franz Wächter, war zugleich Leiter der Bezirksgruppe Saar bzw. Westmark, sein Stellvertreter im Vorstand, der Ministerialrat Hans Joachim von Loebell, zugleich sein Vertreter bei der Bezirksgruppe. Die laufenden Geschäfte der Bezirksgruppe wurden in und von der Hauptverwaltung der Saargruben AG erledigt.⁴ Die Überlieferung der Bezirksgruppe Saar bzw. Westmark würde daher gerade für Fragen des "Ausländereinsatzes" die fehlende Unternehmensüberlieferung vermutlich in manchen Teilen ersetzen helfen. Die Akten der Bezirksgruppe Westmark wurden aber leider beim Versuch ihrer Auslagerung in die Pfalz im März 1945 durch einen Jagdbomberangriff südlich von Kaiserslautern vollständig vernichtet.⁵ Dagegen liegt für die Bezirksgruppe Ruhr im Bochumer Bergbau-Archiv eine dichte und aussagekräftige Überlieferung vor.

der ehemaligen DDR gebräuchlichen Regelung folgend, an ein staatliches Archiv, das Hauptstaatsarchiv Dresden, abgaben. Lediglich eine der vier wichtigeren sächsischen Unternehmensüberlieferungen weist die im Bereich Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit "typischen" Lücken auf. Dabei handelt es sich ausgerechnet um den Bestand desjenigen Unternehmens, dessen Akten erst nach der Wende den Weg ins Sächsische Bergarchiv in Freiberg fanden. Vgl. dazu jetzt Stephan Posta, Zwangsarbeit in der Peripherie des Steinkohlenbergbaus. Der "Ausländer-Einsatz" im sächsischen Revier während des Zweiten Weltkrieges. MS Bochum 2002. Dagegen entspricht die Quellenlage für das Aachener Wurmrevier, das betrifft vor allem den Eschweiler Bergwerksverein, weitgehend derjenigen für das Saarrevier. Vgl. dazu eine vom Kreis Aachen in Auftrag gegebene und unter www.kreis-aachen.de abrufbare Studie: Thomas Müller, Zwangsarbeit im Kreis Aachen. MS Aachen 2002.

⁴ Zur organisatorischen und personellen Struktur der Bezirksgruppe Saar vgl. die Signatur 15/1068: Schriftwechsel der Wirtschaftsgruppe Bergbau mit den Bezirksgruppen Ruhr, Aachen, Saar, Oberschlesien, 1935-1945 im Bergbau-Archiv Bochum (BBA).

⁵ Vgl. den Bericht des Geschäftsführers der Bezirksgruppe, Bergassessor Hussmann, an die Wirtschaftsgruppe Bergbau vom 29.3.1945 (BBA 15/1068).